

Meinerzhagener Zeitung

KIERSPER ANZEIGER · WESTFÄLISCHER ANZEIGER
DONNERSTAG, 27. JANUAR 2022

NR.22 | € 2,10 | COME-ON.de

Einfach. Überall. Informiert.

mit dem E-Paper
Ihrer Tageszeitung.

epaper.wa.de



LOKALES

Schulleitungen genervt

Meinerzhagen – Die neueste Entscheidung der NRW-Landesregierung, die seit etwa zwei Wochen gut funktionierende Lollitest-Pool-Regelung nebst Rückstellungs-Zweitest wieder abzuschaffen, stößt auf wenig Gegenliebe. Jetzt wird wieder alles deutlich komplizierter für die Grundschulen in der Volmestadt Meinerzhagen. Die Schulleitungen sind genervt. » MEINERZHAGEN

Relikt aus Vorhandy-Zeit

Kierspe – Handys und Smartphones haben längst ihren Siegeszug angetreten. Umso verwunderlicher, dass es immer noch Telefonzellen gibt. Die Deutsche Telekom AG hat jetzt angekündigt, die beiden öffentlichen Telefonzellen – ein Basistelefon am Büscherweg und eine Telesstation an der Thingslindestraße – bis Ende April dieses Jahres abzubauen. » KIERSPE

Neuer Stürmer für den RSV

Meinerzhagen – Was sich in der vergangenen Woche schon angedeutet hatte, ist nun fix: Fußball-Oberligist RSV Meinerzhagen verstärkt sich für die Rückrunde mit Stürmer Joshua Yeboah vom Regionalligisten KFC Uerdingen 05. Beim einstigen DFB-Pokalsieger aus Krefeld kam der 19-Jährige in der Hinrunde zu zwölf Punktspieleinsätzen. » SPORT LOKAL

AKTUELL



Erinnern an die Opfer des Holocausts

Mit zahlreichen Veranstaltungen bundesweit wird am Donnerstag der Holocaust-Gedenktag begangen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchte bereits am Mittwoch die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen (Foto). „Wir gedenken der Millionen von Menschen, die in Konzentrationslagern verschleppt, gefoltert und dort ermordet worden sind“, sagte er. „Der Ort mahnt uns, es gibt kein Recht auf Vergessen.“ Am 27. Januar 1945 wurde das NS-Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. 1996 wurde das Datum zum gesetzlichen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. FOTO: DPA

WETTER



3°
Morgens



6°
Mittags



6°
Abends

IM BLICKPUNKT

Versicherung muss nicht zahlen

Karlsruhe – Eine Versicherung gegen Betriebsschließungen muss im Corona-Lockdown nicht zahlen, wenn im Vertrag bestimmte Erreger abschließend aufgezählt werden und Sars-Cov-2 nicht darunter ist. Ob gezahlt werden müsse, hänge davon ab, was Versicherung und Versicherter vereinbart hätten, erklärte der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe. » WIRTSCHAFT

Europa müht sich in Ukraine-Krise

Berlin – Deutschland und Frankreich setzen im Ukraine-Konflikt auf das Normandie-Format: Bei einem Treffen auf Beraterebene sollte am Mittwoch der Gesprächsfaden mit russischen und ukrainischen Staatsvertretern wieder aufgenommen werden. Unterdessen herrscht Verwunderung über den Wankelmut Deutschlands in der Ukraine-Frage. » HINTERGRUND

Zwei Jahre Corona

Wie die Pandemie Deutschland verändert hat » THEMA DES TAGES



Lockerungen – ja oder nein?

NRW-Landesregierung ist uneins über möglichen Zeitpunkt

VON ALEXANDER SCHÄFER

Düsseldorf – Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sieht angesichts der Omikron-Welle derzeit keinen Spielraum für Lockerungen. „Es kann kein Signal zu großflächigen, pauschalen Öffnungen geben“, sagte Wüst am Mittwoch im Landtag. Mit Blick auf die Unternehmen im Handel und Gastronomiebereich sei es jedoch wichtig, „dass wir sobald es möglich ist, Einschränkungen wieder zurücknehmen“. Vertreter der FDP erneuerten ihre Forderung nach baldigen Öffnungen bei positiven Entwicklungen in den Krankenhäusern. Nach den zuletzt öffentlich ausgetragenen Differenzen zwischen CDU und FDP über den Corona-Kurs kam Wüst dem Koalitionspartner ein Stück weit entgegen. Das Land NRW werde mit dem Zurückfahren der Schutzmaßnahmen beginnen, wenn eine Überforderung des Gesundheitssystems absehbar ausgeschlossen werden könne, versprach er. Zugleich verwies er jedoch darauf, dass die Zahl der Corona-Patienten in den Krankenhäusern von Nordrhein-Westfalen wieder zunehme. Innerhalb von zwei Wochen habe es ein Plus von 50 Prozent gegeben.

Wüsts Botschaft auch an die Liberalen: Mit der „konsequenten Umsetzung“ der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz komme NRW besser als andere Bundesländer durch die Pandemie. Bund und Länder seien sich bei ihren Beratungen am vergangenen Montag einig gewesen, dass die bisher geltenden Regeln grundsätzlich weiterhin Bestand haben sollten.



Eine Regierung, zwei Meinungen: Ministerpräsident Hendrik Wüst (rechts, CDU) sieht derzeit noch keinen Spielraum für Lockerungen, sein Stellvertreter Joachim Stamp (FDP) will die Lage täglich neu bewerten. FOTO: DPA

Die aktuelle Corona-Schutzverordnung in NRW gilt bis zum 9. Februar. Trotz der Worte von Wüst hofft man bei der FDP weiter auf Lockerungen. „Wir müssen täglich überprüfen, ob Maßnahmen noch notwendig und sachlich begründet sind“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp. Mit Omikron habe man eine veränderte Situation. Wenn die Hospitalisierungsrate stabil bleibe oder nachgebe, könne man sehr zügig reagieren, so der Liberale. Er kritisierte, dass man derzeit nicht wisse, wie viele auf Corona positiv getes-

tete Patienten eigentlich wegen eines anderen Befundes in den Krankenhäusern sind. FDP-Fraktionschef Christof Rasche beteuerte zwar wie Stamp den Zusammenhalt der Landesregierung. „Wir diskutieren darüber, wie wir die verschiedenen Interessen auf einen Kurs bringen. Diesen Kurs halten wir gemeinsam bei.“ Er schloss zugleich aber nicht aus, dass die aktuelle Corona-Schutzverordnung schon vor ihrem Ablauf neu gefasst werden könne. SPD und Grüne kritisierten die „Zerrissenheit der Koalition“ – und „das Chaos an den Grundschulen.“ » NRW

Jugendliche verklagen den Staat

Marlene (13) und andere fordern Klimaschutz-Verschärfung

Berlin – Neun Jugendliche und junge Erwachsene wollen mit Unterstützung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) vor dem Bundesverfassungsgericht eine weitere Verschärfung der deutschen Klimaschutzpolitik erkämpfen. Die jungen Beschwerdeführer waren nach Angaben der DUH bereits am vorigen Klimaschutz-Verfahren beteiligt, das zu einem wegweisenden Beschluss im vergangenen Frühjahr führte. Damit verpflichtete das Gericht die Bundesregierung zu mehr und frühzeitigeren Anstrengungen für den Klimaschutz. Das frühere Verfahren hat die heute 13-jährige Marlene mit einem Brief an DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch



Marlene ist die jüngste Beschwerdeführerin der neuen Verfassungsbeschwerde zur Klimaschutzpolitik. FOTO: DPA

mit ins Rollen gebracht. 2019 schrieb sie, ob es nicht möglich wäre, die Bundesregierung zu verklagen. „Wir haben eben nur diesen einen Planeten“, sagte Marlene. Die Argumentation der neuen Beschwerde: Die Beschwerdeführer seien in ih-

ren Freiheitsrechten bedroht, sagt Anwalt Remo Klinger. Auch die noch unter der schwarz-roten Vorgängerregierung beschlossenen Verschärfungen des Klimagesetzes reichten nicht aus. „Das ist der zentrale Vorwurf: Die Reform orientiert sich weiterhin nicht an den Aussagen der Wissenschaft“, sagte Klinger. Deutliche Kritik wird auch an der neuen Ampel-Regierung geübt. Sie sei in der Pflicht, Sofortmaßnahmen gegen die Erderhitzung zu ergreifen. Dazu gehörten etwa Tempolimits, eine wirksame Sanierung öffentlicher Gebäude und der stärkere Schutz von kohlenstoffspeichernden Ökosystemen. dpa

Abellio: Am Montag kein Zug mehr nach 20 Uhr

Hagen – Wenn die Bahnfirma Abellio Ende Januar aus dem Markt ausscheidet, reißt das Lücken in den Fahrplan. Denn auf den Linien, die Abellio bisher betreibt, fährt der letzte Zug am Montag, 31. Januar, deutlich früher als üblich, wie die Verkehrsverbände VRR, NWL und NVR mitteilten. Der Betrieb wird je nach Linie grob gesagt um 20 Uhr eingestellt. Grund für den frühen Zeitpunkt ist, dass die Abellio-Züge bis Mitternacht zu Übergabepunkten rollen müssen, wo Nachfolge-Linienebetreiber sie übernehmen. Es geht etwa um den RE 1 (Hamm-Aachen) und die Linien RE16 und RB91 (Hagen-Siegen). Einen Überblick gibt es im Internet. Dort ist auch einsehbar, wo Fahrgäste mit Abo-Tickets auf Fernzüge umsteigen dürfen. Am 1. Februar übernehmen DB Regio, National Express und Vias die Strecken – am Vormittag sollen die Züge pünktlich starten. lnw

Internet

www.mobil.nrw/
betreiberwechsel

Jeder Dritte hat Handy verloren

Berlin – Mit 35 Prozent hat mehr als ein Drittel der Smartphone-Nutzer das eigene Gerät bereits mindestens einmal verloren – besonders oft in Bus und Bahn. Weitere neun Prozent ließen ihr Telefon unabsichtlich liegen und fanden es später wieder, wie eine Umfrage des Digitalverbands Bitkom ergab. Insgesamt besitzen 82 Prozent aller Menschen in Deutschland ein privates Smartphone. afp

DIE KURIOSER NACHRICHT Im Abgang mau

Ein Ladendieb in Görlitz ist bei der Flucht aus einem Geschäft gestolpert und nach einer Rangelei gefasst worden. Nach Angaben der Polizei in der sächsischen Stadt fiel der 38-Jährige während seiner Diebstahltour in dem Laden auf, weil er sich mehrfach Waren in die Jacke steckte. Als der vom Personal ergriffene Verdächtige flüchten wollte – stürzte er im Eingangsbereich über seine Schnürsenkel. Nun ermittelt die Polizei. afp



Johnson wurde „mit Kuchen überfallen“

Ein treuer Unterstützer des britischen Premiers Boris Johnsons ist mit einem ungewöhnlichen Rettungsversuch zum Internet-Hit geworden. Johnson steht wegen mehrerer Partys während des Lockdowns unter Druck, einen Rücktritt lehnte er am Mittwoch allerdings ab. „Er ist gewissermaßen mit Kuchen überfallen worden“, sagte der Tory-Abgeordnete Connor Burns dem Sender Channel 4 über eine mutmaßliche Geburtstagsparty, bei der mitten im Lockdown rund 30 Gäste in der Downing Street Kuchen gegessen und gesungen haben sollen. Der Ausschnitt ging auf Twitter viral. FOTO: AFP

Kundenservice
(0800) 8000 105



4 0004

4 190468 702106